

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Müller MdB zur Verschiebung der GATT-Frage in München: Der Gipfel kreite.

Seite 1

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zum Weltbevölkerungstag der Vereinten Nationen (11. Juli): Dem Süden bei der Begrenzung des Bevölkerungswachstums helfen!

Seite 2

Dokumentation
Die ökologische Erneuerung des Wagenparks des Deutschen Bundestages hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Matschie in einem Brief an Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth vorgeschlagen. Wortlaut

Seite 6

47. Jahrgang / 130

10. Juli 1992

Gipfel kreite

Zur Verschiebung der GATT-Frage in München

- Von Rudolf Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Wer sich von den Sprüchen und dem Aufwand beim Weltwirtschaftsgipfel in München nicht täuschen läßt, merkt schnell, daß keines der wichtigen wirtschaftlichen Probleme dort einer Lösung näherkam. Das ist umso bedrohlicher, als ein Kurswechsel in der Politik der Bundesregierung mehr als überfällig ist.

Zweckoptimismus, der auch nach dem Gipfel reichlich produziert werden wird, sei ein gutes Recht der Politiker, schrieb Wolfram Engels vor kurzem in der "Wirtschaftswoche". In Bezug auf den Aufschwung Ost müsse man befürchten, daß Helmut Kohl glaube, was er sage. Diese Befürchtung kann man getrost auf andere Bereiche der Wirtschaftspolitik übertragen. Engels Vermutung, daß die Regierung sich in dem Nebel verlaufe, den sie über alle Fakten gebreitet habe, ebenso. Anders ist die Politik dieser Regierung nicht mehr zu erklären. Denn daß Helmut Kohl den Abstieg Deutschlands in die dritte Liga der Industrieländer will, der nach Engels droht, sollte man ihm wirklich nicht unterstellen.

Die Staatschefs haben in München bedauert, daß es nicht zu den erhofften Vereinbarungen über Handelserleichterungen der Uruguay-Runde gekommen ist. Sie - einschließlich Bundeskanzler Kohl - haben nicht gesagt, woran oder an wem das liegt. Für die Bundesrepublik Deutschland, deren Finanzminister keinen Dukatenesel hat und keinen bekommen wird, ist das besonders nachteilig. Er braucht - bei weiter steigender Produktivität - den Export noch nötiger als in der Vergangenheit, wenn er wenigstens die wichtigsten Aufgaben finanzieren will, die zu lösen die Regierung allen verspricht. Schon bei einer einfachen Zusammenstellung sind das, wie Engels vorgerechnet hat, Summen, die "meilenweit jenseits der Realisierbarkeit liegen".

Das heißt, ohne stärkeres Sparen und Steuererhöhungen wird es auch bei einer konsequenten realitätsbezogenen Politik in Zukunft nicht mehr gehen. Man darf annehmen, daß Agrarfragen wiederum ein Hindernis für eine Einigung in München waren. Die Agrarpolitik ist trotz allen Reformgeredes im Mai eben nicht reformiert worden. Die Franzosen setzen anscheinend weiter auf Export und Exportsubventionen, die die Deutschen weiter mit bezahlen sollen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger-Druckerei
und verwandte Rohstoffe
Kempinger-Papier



Die Agrarpolitiker der Koalition streuen mit ihrem Jubel über die beschlossenen Ausgleichszahlungen sich, den Bauern und einer den Bauern wohlgesonnenen Öffentlichkeit nur Sand in die Augen. Denn zukunftsfrüchtig sind diese Ausgleichszahlungen für niemanden, der die Entwicklung der Wirtschaft und der Haushalte realistisch einschätzt. Wenn die Uruguay-Runde nicht bald echte Fortschritte bringt, werden die Ausgleichszahlungen von noch kürzerer Dauer sein, als ohnehin anzunehmen ist. Bundesminister Kiechle hätte besser ein Konzept vorgelegt, das auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft setzt. Denn unsere jungen tüchtigen Bauern sind wettbewerbsfähig, wenn sie entsprechende Kapazitäten haben.

Die Agrarpolitik muß dann vor allem einen Außenschutz sichern, der die heimische Landwirtschaft vor ruinösem Wettbewerb schützt und eine Lösung für die Substitutenfrage finden. Genau davon ist aber bis heute nicht die Rede. Stattdessen erzählt man den jungen Bauern, ihre Zukunft sei durch Ausgleichszahlungen gesichert, die, wie jeder weiß, morgen gestrichen werden können und mit Sicherheit spätestens übermorgen wieder gestrichen werden. Das, was unseren Bauern dann droht, wird schwieriger sein als eine konsequente Politik, die heute auf Schaffung wettbewerbsfähiger Betriebe setzt. Die Agrarpolitik ist symptomatisch für die Politik dieser Bundesregierung, die im wesentlichen nur noch aus Entscheidungen besteht, die die Bürger bis zur nächsten Wahl bei Laune halten sollen, weil man ihnen die Wahrheit über die reale Situation nicht sagen will oder weil man selbst die Realität nicht erkennt.

Dabei ist die Lage, wie Adenauer immer sagte, zwar ernst, aber keineswegs hoffnungslos. Gefragt ist jedoch eine Politik, die den Menschen klar macht, daß wir vorübergehend sparen und sogar (zumutbare) Opfer bringen müssen. Gefragt sind politische Entscheidungen, die sich an der Zukunft und am Gemeinwohl orientieren. Gefragt ist soziale Ausgewogenheit bei allen notwendigen Einschränkungen. Nichts von allem ist in der Politik der Bundesregierung zu erkennen. 'Waigel wurstelt weiter', schrieb die 'Wirtschaftswoche' gerade zur Politik des Finanzministers. Weiterwursteln wie gehabt, das ist das ganze Konzept dieser Regierung.

(-/10. Juli 1992/rs/ks)

Dem Süden bei der Begrenzung des Bevölkerungswachstums helfen! Zum Weltbevölkerungstag der Vereinten Nationen (11. Juli)

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im Jahr 1900 lebten 1,8 Milliarden Menschen auf der Welt, heute sind es 5,48 Milliarden, in der nächsten Dekade wird es eine jährliche Zuwachsrate von 97 Millionen Menschen geben. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) hat in seinem vor wenigen Wochen herausgegebenen Weltbevölkerungsbericht verschiedene Prognosen - das heißt ein Spektrum von optimistischen bis hin zu pessimistischen Schätzungen - zur weiteren Entwicklung des Bevölkerungswachstums vorgelegt. Die mittlere und wahrscheinlichste Prognose geht davon aus, daß die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 10 Milliarden angewachsen sein wird. Mehr als die Hälfte dieses Wachstums wird auf Afrika und Südasien entfallen.

Über eine Milliarde Menschen lebt heute in absoluter Armut. Der Weltbevölkerungsbericht stellt in einer Analyse nach dreißig Jahren internationaler Entwicklungspolitik fest, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern im Durchschnitt gestiegen ist, daß sich die Ernährung in den Entwicklungsländern durchschnittlich nachhaltig verbessert hat, daß es zum Teil bemerkenswerte Fortschritte im Bereich der Schulbildung gegeben hat. Allerdings: die tatsächliche Anzahl der absolut Armen, der unterernährten Menschen, der Analphabeten ist gleichzeitig dramatisch angestiegen, eben weil die Gesamtbevölkerung eine derart hohe Zuwachsrate verzeichnet. Und die Tendenz zu mehr Armut, mehr Unterernährung, mehr Analphabetismus steigt noch.

ist Armut nun eine Ursache oder eine Folge des Bevölkerungszuwachses? Es scheint möglich, hierüber Wirkungs- und Ursachenanalysen anzustellen. Das Geflecht der Interdependenzen ist komplexer. In jedem Fall stellen hohes Bevölkerungswachstum und Massenarmut einen Teufelskreis dar. Ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum erschwert die Versorgung von immer mehr Menschen mit Nahrungsmitteln, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum, Arbeitsplätzen und ist zudem verbunden mit einer Überbeanspruchung von natürlichen Ressourcen.

Die Ernährungssituation verschlechtert sich dramatisch, die Selbstversorgungskapazitäten einzelner Staaten sinken mit wachsender Bevölkerung; mehr und mehr Länder sind - verstärkt durch Dürreperioden, Umweltkatastrophen oder andauernde kriegerische Auseinandersetzungen - auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Knappe Mittel müssen auf immer mehr Menschen verteilt werden.

Vor allem die erneuerbaren Ressourcen wie Wasser, Böden, wildlebende Tier- und Pflanzenarten sind durch das Bevölkerungswachstum gefährdet. Für immer mehr Menschen stehen immer weniger Bodenressourcen zur Verfügung. Neben dem Verlust von Anbaupotential durch Wüstenbildung und Erosion werden Flächen überstrapaziert, um die Ernteerträge zu erhöhen und die Nahrungsmittelversorgung zu steigern. Kunstdünger und Pestizide laugen nicht nur die Böden aus, sondern gelangen in Trinkwasserreserven und gefährden somit auch die Wasserversorgung. Hinzu kommt die Umweltzerstörung durch Emissionen bei erhöhter Energieproduktion sowie durch erhöhte Abfallproduktion. Laut UNFPA-Bericht ist das Bevölkerungswachstum die Ursache für 79 % der Entwaldung auf dieser Welt.

Tendenz zu wuchernden Megastädten

Bevölkerungsdruck erzeugt Wanderungsdruck. Teile der Bevölkerung wandern ab, weil die Heimatregion sie nicht mehr ausreichend mit Nahrungsmitteln und Arbeitsplätzen versorgt und die Hoffnung besteht, anderenorts bessere Zukunftsperspektiven zu finden. Bevölkerungsdruck führt zum einen zur Binnenwanderung, das heißt meist Landflucht. Diejenigen, die kein Land als Ertragsgrundlage besitzen oder deren Land nicht mehr in ausreichendem Maß Erträge einbringt, wandern auf der Suche nach Arbeit in die Städte ab. In der gesamten Dritten Welt ist ein Trend zur Verstädterung zu verzeichnen. 1990 lebten bereits 63 % der Bevölkerung in Entwicklungsländern in Städten. Es entstehen wuchernde Megastädte mit immer größeren Slum-Gebieten. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig Wohnraum, die sanitären Leistungen reichen nicht mehr aus. Heute lebt bereits eine Milliarde Menschen nahezu obdachlos. Die Infrastrukturen dieser Städte geraten völlig aus den Fugen: Verkehrschaos, Müllberge, mangelnde Abfallbeseitigung, Mängel in Trinkwasser- und Abwasserentsorgung, hohe Arbeitslosigkeitsraten und Anwachsen der Kriminalität sind unmittelbare Folgen. Gesundheitsfürsorge ist nicht mehr zu leisten, Krankheiten und hohe Kindersterblichkeit zeugen davon. Laut UN-Prognosen entfallen in den nächsten zehn Jahren 83 % des Bevölkerungswachstums auf städtische Gebiete.

Bevölkerungsdruck bewirkt - zum anderen - die internationale Migration, vom Süden zum Norden, von Ost nach West. Teilweise rückläufige Bevölkerungszahlen in den Industrieländern (wie etwa in Deutschland), in denen immer weniger junge Menschen für immer mehr alte Menschen sorgen müssen, vermindern den Wanderungsdruck nur geringfügig. Abgesehen davon erleben wir, daß der Zuwanderung auch im Norden ab einem gewissen Grad psychologische und wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind: Befürchtungen um den Verlust von Arbeitsplätzen, Wohnungen und sozialer Sicherheit sowie offene Fremdenfeindlichkeit schaffen politische Probleme bei der Akzeptanz steigender Zuwanderungszahlen.

Die hohen Geburtenraten in vielen Ländern der Dritten Welt basieren auf soziokulturellen Ursachen, wie zum Beispiel religiös motivierten Verhütungs- oder Abtreibungsverboten, aber auch der sozialen Lage einer Familie. Kinderreichtum ist oftmals Ausdruck des Überlebenskampfes. In Gesellschaften, in denen große Teile der Bevölkerung in extremer Armut leben, tragen Kinder frühzeitig zur Sicherung des Lebensunterhalts der Familie bei und stellen die einzige Altersversorgung für die Eltern dar.

In den Industrieländern Europas stiegen im 18. und 19. Jahrhundert die Bevölkerungszahlen, insbesondere weil eine verbesserte Gesundheitsversorgung die Lebenserwartung erhöhte.

Kinder gaiten in der Stadt und länger noch auf dem Land frühzeitig auch als Arbeitskräfte. Erst als Kinderarbeit verboten und die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde, sanken die Geburtenraten und im Laufe der Jahrzehnte setzte sich in den heutigen Industrieländern überwiegend das Modell der Kleinfamilie durch. Im übrigen konnte das Europa, das sich heute immer mehr der Zuwanderung verschließt, seine Bevölkerungsüberschüsse gerade durch Auswanderung lösen - vorwiegend in die Vereinigten Staaten. Ein solches Ventil für explodierende Bevölkerungszahlen gibt es für die derzeitige Dimension des Wachstums nicht mehr.

Die heutigen Entwicklungsländer erlebten durch die Kolonialisierung und in der Zeit danach große Veränderungen im generativen Verhalten. Den ursprünglichen gesellschaftlichen Strukturen, die zum Teil auf Polygamien beruhten und die über traditionelle Methoden zur Regulierung der Geburtenkontrollen verfügten, setzten christliche Missionare die monogame Ehe und das Abtreibungsverbot entgegen. Durch die wirtschaftlichen Strukturen und Produktionsweisen in den Kolonialgesellschaften erhöhte sich der Bedarf an Arbeitskräften. Die Geburtenziffern begannen - nachdem in der Eroberungsphase ganze Völker durch Krankheitserreger oder Zwangsarbeit ausgelöscht worden waren - zu steigen. Ein weiterer Anstieg der Bevölkerungszahlen war dann bedingt durch die Verbesserung von Gesundheitsvorsorge und Hygiene.

Heute sind die Zielvorgaben klar: Wünschenswert wäre eine Verminderung der langfristigen Wachstumsraten auf die optimistische Prognose des UN-Bevölkerungsfonds, wonach die Weltbevölkerung nach einem Höchststand in der Mitte des nächsten Jahrhunderts wieder absinkt. Realistisch ist es, von der mittleren Prognose auszugehen: also 10 Milliarden Menschen spätestens im Jahr 2050 mit weiter anhaltendem Wachstum bis zum Jahr 2150, in dem die Weltbevölkerung dann 11,6 Milliarden Menschen zählen würde.

Eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Juni 1992 belegt, daß die Geburtenrate in den Entwicklungsländern durch die zunehmende Verbreitung von Verhütungsmitteln und Familienplanung in den vergangenen zwanzig Jahren bereits von 6,1 auf 3,9 Kinder pro Frau gesunken ist. Soll jedoch das Bevölkerungswachstum so eingedämmt werden, daß die Erde für alle Menschen lebenswert bleibt, darf die Kinderzahl pro Familie in Zukunft höchstens 2,1 Menschen umfassen. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Mit dem Verteilen von Verhütungsmitteln allein sicherlich nicht. Isolierte Bevölkerungsprogramme greifen zu kurz. Wenn ein hohes Bevölkerungswachstum ein Hauptfaktor für Armut und Umweltzerstörung ist, müssen umfassende politische Konzeptionen durchgesetzt werden. Ich nenne hier einige Ansatzpunkte dafür:

1. Familienplanung: Angesichts der Bedrohung, die aus ungebremstem Bevölkerungswachstum entsteht, sind wirksame Maßnahmen zur Kontrolle der demographischen Entwicklung erforderlich. Eines der größten Probleme dabei ist, wie dieses Ziel mit der persönlichen Freiheit vereinbar ist. Geburtenkontrolle sollte möglichst breit auf Aufklärung und Freiwilligkeit beruhen und auf religiöse und soziokulturelle Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Familienplanung darf also nicht nur schlicht als Reduzierung der Geburtenhäufigkeit und Verordnung von Verhütungsmitteln verstanden und vermittelt werden. Eine Aufklärung über freiwillige Geburtenkontrolle muß die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Risiken des Kinderreichtums bewußt machen.
2. Beratung: Die Studie der WHO vom Juni 1992 belegt, daß 300 Millionen Frauen in der Welt der Zugang zu Familienplanungsstellen schlichtweg fehlt. Ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen ist zu schaffen. Zum anderen ist die kostenlose oder doch zumindest preislich an die jeweiligen Lebensverhältnisse angepaßte Bereitstellung von Verhütungsmitteln erforderlich.
3. Kleinfamilie: Kinder sollten nicht vorrangig dazu dienen, den Lebensunterhalt der Familie zu sichern und die Altersversorgung der Eltern zu übernehmen. Durch mehr Bildung und soziale Sicherheit muß das Bewußtsein gestärkt werden, daß mit weniger Kindern die Mittel, die der Familie zur Verfügung stehen, eher ausreichen, um alle angemessen zu ernähren, zu versorgen, zu bilden und zu qualifizieren. Weniger, dafür aber besser versorgte und ausgebildete Kinder sind eher in der Lage, die Eltern zu unterstützen. Das Beispiel Thailand zeigt, daß sinkende Geburtenziffern unmittelbaren Einfluß auf Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Ausbildung und Einkommensentwicklung haben.

4. Bildung: Dem Bildungsbereich kommt die Schlüsselrolle zu. Bildung und Ausbildung erhöhen den Grad der Aufklärung, die berufliche Qualifikation und die Chancen für einen höheren Lebensstandard. Ein höherer Lebensstandard senkt aller Erfahrung nach die Geburtenzahlen. Schulbildung und Ausübung eines Berufes führen insbesondere zu veränderten Prioritäten im Leben der Frauen: Sie sind wirtschaftlich unabhängiger und nicht mehr darauf angewiesen, früh zu heiraten und Kinder zu bekommen. Auch sind Bildungsniveau und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes aufs engste miteinander verbunden.
5. Gesellschaftliche Stellung der Frauen: Bislang definiert sich die Stellung der Frau in vielen Gesellschaften allein über die Anzahl der Kinder, insbesondere der Söhne, die sie zur Welt gebracht hat und großzieht. Aber die Lebensverhältnisse der Frauen in der Dritten Welt sind je nach Entwicklungsgrad des Landes, kulturellen und religiösen Traditionen und individueller Position viel zu unterschiedlich und komplex, als daß allgemeingültige Aussagen über Unterprivilegierung getroffen werden könnten. Für die Mehrzahl gilt aber sicherlich, daß sie sich in einem Spannungsfeld zwischen Tradition und modernen Gesellschaftsformen befinden.

Erforderlich ist es, eine rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau mit dem Mann in den Ländern zu fördern, die hier Defizite aufweisen. Dies wird nur Schritt für Schritt im Zuge der Modernisierung der Gesellschaften vor sich gehen können. Ansatzpunkte sind hier wiederum die Bildungschancen. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht für Mädchen wäre der erste Schritt.

6. Armutsbekämpfung: Damit die Länder der Dritten Welt zur Einführung von Maßnahmen der sozialen Sicherheit und zur Eröffnung von Bildungschancen in der Lage sind, müssen sich die Rahmenbedingungen, in denen sie leben, so schnell als möglich ändern. Der derzeitige Nettoressourcentransfer vom Süden in den Norden, die Überschuldung vieler Entwicklungsländer und der Protektionismus des Nordens blockieren eine bessere Entwicklung des Südens, die unverzichtbar ist, wenn der Bevölkerungsdruck vermindert werden soll. Eine Lösung der Verschuldungsproblematik und eine gerechte Teilhabe am Handel sind unabdingbare Voraussetzungen für Entwicklung und Wachstum. In den Entwicklungsländern selbst müssen parallel dazu andere Prioritäten gesetzt werden. Dort gilt es, aufgeblähte Militärhaushalte zu reduzieren und die Mittel für soziale Maßnahmen, Bildung, Gesundheit und Familienplanung einzusetzen.
7. Rang der Bevölkerungspolitik in der internationalen Entwicklungspolitik: Bevölkerungspolitische Maßnahmen waren im Rahmen der Entwicklungspolitik immer ein sensibles Thema. Zu recht steht die globale Umweltproblematik immer häufiger auf der Tagesordnung der weitpolitischen Diskussion. Aber Bevölkerungspolitik darf nicht allein als Instrument des Umweltschutzes verstanden werden. Bevölkerungspolitik muß einen eigenen Stellenwert erhalten und nicht nur in vagen Formulierungen, wie in der Agenda 21 des UN-Gipfels über Umwelt und Entwicklung vom Juni 1992, ihren Ausdruck finden.

Für die Eindämmung des viel zu hohen Bevölkerungswachstums ist eine Erhöhung der Mittel unausweichlich. Die Industrieländer stellen lediglich 500 Millionen Dollar für die Hilfe zur Familienplanung bereit, also weniger als 1 % der gesamten Entwicklungshilfe.

Gezielte Programme, die Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit, Förderung von Frauen und Familienplanung integrieren, sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und auch für eine Entschärfung des Bevölkerungsproblems. Der Mensch und die Verbesserung seiner Lebensqualität müssen im Vordergrund stehen. Es wird nicht hilfreich sein, die Verantwortung für das dramatische Ansteigen der Weltbevölkerung allein den Ländern der Dritten Welt anzulasten und nur von ihnen Lösungen einzufordern. Dies vertieft die Gräben zwischen Nord und Süd noch mehr. Das Denken in Bedrohungs- und Abwehrkategorien und die Diskussion über immer restriktivere Methoden zur Verteidigung unserer Wohlstandsinselfen erschweren den Dialog über gemeinsame Interessen in EINER WELT. Sie verschärfen zudem innergesellschaftliche Konflikte und verhindern konsensfähige Lösungen.

(-/10. Juli 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Matschie-Brief an Rita Süßmuth: Wagenpark ökologisch erneuern

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Matschie (Jena) hat Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth vorgeschlagen, den Wagenpark des Deutschen Bundestages ökologisch zu erneuern. In seinem Brief an Frau Süßmuth meint Matschie, von einer derartigen Maßnahme gingen Signale zum Nachdenken über den Zusammenhang von globalen Problemen und eigenem Handeln aus. Der Brief im Wortlaut.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

spätestens seit der Konferenz in Rio ist vielen Menschen klargeworden, daß unsere Erde in großer Gefahr ist. Die Industriestaaten tragen für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen die Hauptverantwortung. Wir, die wir nur 1/5 der Weltbevölkerung stellen, verbrauchen 70 bis 80 Prozent aller Rohstoffe, erzeugen rund 70 Prozent aller Abfälle und verfügen über 85 Prozent des Welteinkommens. Unser Reichtum auf der einen und krasse Armut auf der anderen Seite verwüsten den Planeten und zerstören Millionen Menschenleben. 500 Millionen Menschen hungern, die Ozonschicht verringert sich mit steigender Geschwindigkeit, jeden Tag sterben mindestens 140 Tier- und Pflanzenarten aus, der Treibhauseffekt nimmt zu und jedes Jahr verschwinden 17 Millionen Hektar Wald.

Viele Politiker verdrängen diese Probleme und verharren in ihrem gewohnten Denkmustern. Die gewaltige Herausforderung vor der wir stehen, braucht aber ein neues Denken und tatkräftiges Handeln. Wir müssen unsere Art zu produzieren und zu konsumieren ändern, damit alle eine Chance haben. Wir haben bereits in anderen Zusammenhängen feststellen müssen, daß Verdrängung und zögerliches Verhalten die Probleme vergrößern und Politik und Politiker unglaubwürdig werden lassen. Wir brauchen deshalb neue Signale, die politisch Verantwortliche aus ihrer Verdrängung wecken und den Menschen im Land ein Zeichen geben. Wir müssen handeln und damit bei uns selbst anfangen.

Einen guten Ansatzpunkt, neue Signale zu setzen, bietet der Fahrdienst des Deutschen Bundestages. Er ist eng mit dem Leben von Abgeordneten verknüpft, so daß seine Umgestaltung zum Nachdenken anregen könnte.

Der Sollbestand an PKWs umfaßt in diesem Jahr 98 Fahrzeuge. Dabei handelt es sich vorwiegend um Mercedes und BMW. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Autoflotte durch umweltverträglichere Fahrzeuge zu ersetzen, die weniger Kraftstoff verbrauchen, weniger Ressourcen zu ihrer Herstellung benötigen, billiger im Anschaffungspreis sind und recycelt werden können. Eventuell könnte man auf Golf-Diesel umsteigen. Dieser Wagen braucht nur circa 5,5 Liter Treibstoff auf 100 km. Volkswagen für Volksvertreter - warum nicht?

Ich möchte hier aber einer Entscheidung nicht vorgreifen, sondern Sie bitten, sich in den dafür vorgesehenen Gremien dafür einzusetzen, daß die Bundestagsflotte umweltverträglich umgerüstet wird. Ich bin mir darüber im klaren, daß ein solcher Schritt nicht die globalen Probleme löst. Er kann aber ein wichtiges Signal sein.

- o Ein Signal für die Abgeordneten, daß umweltverträgliches Handeln nötig und möglich ist.
- o Ein Signal für die Bevölkerung, daß Abgeordnete bei sich selbst anfangen etwas für unseren Planeten zu tun und mehr Bescheidenheit an den Tag legen.
- o Ein Signal für die Autoindustrie, daß eine neue Zeit beginnt, in der nicht mehr PS zählen, sondern sanfte Technik.

Die Bedeutung eines Menschen muß sich nicht in der Größe des Autos ausdrücken. Ich bitte Sie eindringlich: Unterstützen Sie mein Anliegen, helfen Sie, ein Zeichen zu setzen. Viele Schritte müssen noch getan werden, damit unsere Entwicklung auf Dauer tragfähig wird. Lassen Sie uns gemeinsam einen kleinen Schritt wagen und ein Signal für neues Denken geben.

Hochachtungsvoll

gez. Christoph Matschie

(-/10. Juli 1992/rs/ks)
